

## Schwerpunktthema 3 – Inflation aktuell Q1/22:

### Lohnentwicklung und Inflation im Euroraum

von Paul Ramskogler (paul.ramskogler@oenb.at) und Alfred Stiglbauer (alfred.stiglbauer@oenb.at)

Das Jahr 2021 war bis zuletzt von einem geringen Wachstum der Löhne im Euroraum geprägt. So stiegen die nominellen Arbeitnehmerentgelte je beschäftigte Person im vierten Quartal 2021 um 1,1 % im Jahresabstand. Die Tariflöhne nahmen im selben Quartal um 1,6 % zu, und auch der Wert für den Jänner 2022 war mit einem Wachstum von 1,8 % kaum höher. Man kann mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass im Verlauf des Jahres 2022 das Lohnwachstum deutlich stärker ausfallen wird. Dies liegt zum einen an der steigenden Verbraucherpreisinflation. Andererseits legten zuletzt auch angespannte Arbeitsmärkte mit ausgeprägtem Arbeitskräftemangel ein rascheres Lohnwachstum nahe. Dann kam der Einmarsch Russlands in die Ukraine, der Auswirkungen auf den Arbeitskräftemangel und die Inflation hat.

Zuerst sei das Phänomen des Arbeitskräftemangels betrachtet. Das Jahr 2021 hatte mit einer ungewohnt raschen Erholung der europäischen Arbeitsmärkte geendet. Die Beschäftigung, gemessen in Personen, hat das Vorkrisenniveau wieder überschritten. Auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat sich deutlich erholt. Die Beschäftigungserwartungen waren bis in den Februar 2022 hinein positiv. Gleichzeitig signalisierten Unternehmensumfragen eine Rekord-Knappheit an Arbeitskräften (siehe Grafik 1).

Grafik 1

#### Beschäftigung und Arbeitskräfteknappheit im Euroraum

##### Beschäftigung

Q4 19=100



Quelle: Eurostat. Daten bis Q4 21.

##### Beschäftigungserwartungen

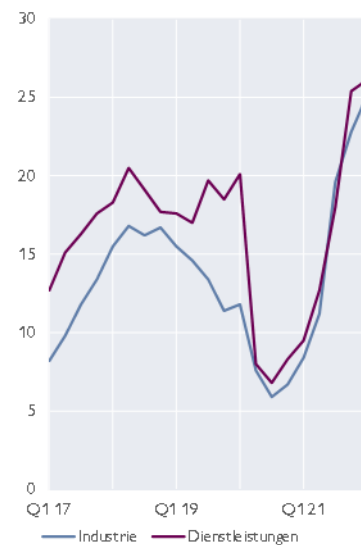
Zustimmung



Quelle: Eurostat. Zustimmung = Differenz von Zustimmung und Nicht-Zustimmung hinsichtlich der Frage, ob eine Beschäftigungsausweitung in den nächsten drei Monaten geplant ist. Daten bis Feb. 22.

##### Arbeitskräfteknappheit

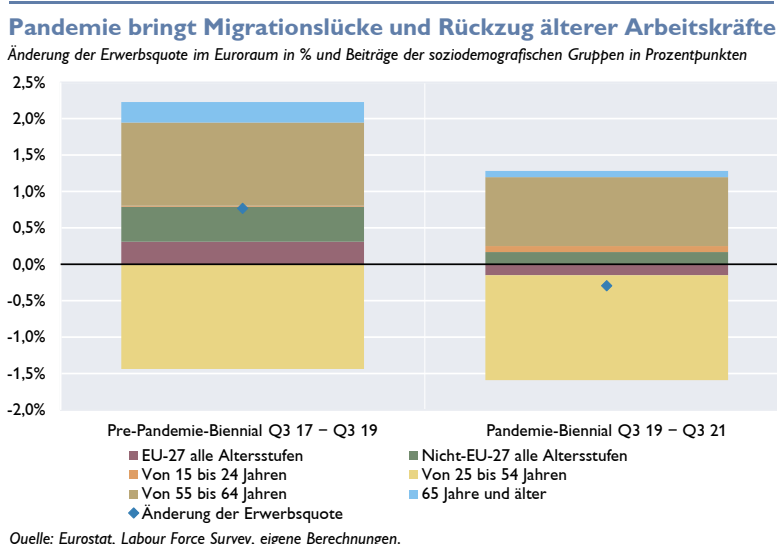
Zustimmung



Quelle: Eurostat. Zustimmung = Differenz von Zustimmung und Nicht-Zustimmung hinsichtlich der Frage, ob Arbeit ein limitierender Produktionsfaktor ist. Daten bis Q1 22.

Diese Knappheit an Arbeitskräften hatte mehrere Gründe: Einerseits war diese der guten Konjunkturlage angesichts der Öffnungsschritte im Zuge der Erholung von der COVID-19-Pandemie geschuldet. Die Pandemie führte außerdem zu fundamentalen Einschnitten auf dem Arbeitsmarkt. Eine wichtige Ursache bestand in dem Anstieg von „Skill Mismatches“, bedingt durch die strukturelle Verschiebung der Nachfrage vom Dienstleistungs- zum Produktionsbereich. Darüber hinaus war der Euroraum in der Pandemie auch mit einem negativen Arbeitsangebotsschock konfrontiert, weil die Migration in den Arbeitsmarkt des Euroraums im Zuge der Pandemie ausblieb (siehe Grafik 2). Ganz besonders betraf dies Migrantinnen und Migranten aus den EU-27-Staaten, üblicherweise Personen, die aus den CESEE-Staaten in den Euroraum migrieren. Außerdem kam es zusätzlich zu einem überproportionalen Ausscheiden älterer Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt. Mittelfristig kommen noch demografische Faktoren dazu, die das Potenzial haben, die Arbeitskräfteknappheit zu verstärken: Bis zum Jahr 2030 wird laut dem Ageing Report der EU-Kommission das Arbeitsangebot im Euroraum um voraussichtlich 3,4 Millionen Arbeitskräfte (-2,1 %) abnehmen.

Grafik 2



Diese Knappheit an Arbeitskräften ließ, jedenfalls bis vor kurzem, erwarten, dass künftige Lohnsteigerungen ceteris paribus stärker ausfallen werden. Mit dem Einmarsch der russischen Föderation in die Ukraine hat sich die Situation allerdings geändert. Einerseits wird die Arbeitsnachfrage durch die Eintrübung des wirtschaftlichen Ausblicks zurückgehen, und zwar umso stärker, je länger der Krieg

andauert. Andererseits bringt die durch die Invasion ausgelöste Fluchtbewegung potenziell eine Entschärfung des demografischen Problems für den europäischen Arbeitsmarkt mit sich.

Erste Schätzungen der UNHCR rechneten mit mehr als vier Millionen geflüchteten Personen – eine Zahl, die Ende März 2022 beinahe schon erreicht war. Da derzeit viele Geflüchtete Kinder bzw. ältere Personen sind und ein Ausreiseverbot für ukrainische Männer im wehrfähigen Alter besteht, ist die Erwerbsquote der Geflüchteten wohl gering. Außerdem wird sich ein Teil der Geflüchteten außerhalb des Euroraums niederlassen (z. B. in Polen). Daher wird die Zahl der potenziellen zusätzlichen Arbeitskräfte aus der Ukraine deutlich geringer sein als die Gesamtzahl der Geflüchteten. Schätzungen der EZB gingen von möglichen 600.000 Arbeitskräften (bei 4 Millionen Geflüchteten) im Euroraum aus. In jedem Fall sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu verpflichtet, Personen, die vor den Kriegswirren aus der Ukraine geflohen sind, für mindestens ein Jahr freien Arbeitsmarktzugang zu gewährleisten. Ob dieser auch wahrgenommen werden wird, hängt aber von vielen Faktoren ab, unter anderem davon, ob eine Rückkehr in die Ukraine möglich ist.

Während also der Arbeitskräftemangel als möglicher Einflussfaktor auf die Lohn- und damit die Verbraucherpreis-inflation kurzfristig wahrscheinlich an Bedeutung einbüßen dürfte, hat die Frage

der Auswirkungen der steigenden Verbraucherpreise auf die Löhne und in Folge wiederum zurück auf die Verbraucherpreise sogar an Bedeutung gewonnen. Die Inflationsprognosen für 2022 wurden deutlich nach oben revidiert: Das Eurosystem rechnete in der „Macroeconomic Projection Exercise“ (MPE) von Anfang März für heuer mit einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) um 5,1 %, wofür hauptsächlich gestiegene Energie- und Nahrungsmittelpreise verantwortlich sind (siehe Tabelle 1). Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 2021. In dieser Prognose wurde davon ausgegangen, dass der Ukraine-Krieg zu keinen signifikanten Angebotsausfällen bei Energie führen wird. Für 2023 ging diese Prognose davon aus, dass die HVPI-Inflation wieder deutlich sinkt. Die Frage ist, wie stark die steigende Inflation das Lohnwachstum beschleunigt, was wiederum Rückwirkungen auf die Höhe und Persistenz der Verbraucherpreisinflation haben kann. Es gibt mehrere Gründe, warum die steigende Inflation das Lohnwachstum beeinflusst. Das sind zum einen (quasi-)automatische Anpassungen der Löhne an die Inflation, wie sie durch Lohnindexierung und bei Mindestlöhnen wahrscheinlich sind. Das sind zum anderen vor allem Kollektivvertragsverhandlungen, die sich tendenziell ebenfalls an der vergangenen Inflation orientieren. Lohnanpassungen sind außerdem gestaffelt und finden lediglich jährlich oder gar seltener statt.

Tabelle 1

**Inflationsprognosen März 2022 MPE**

|  | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
|--|------|------|------|------|
| HVPI-Inflation                               | 2,6  | 5,1  | 2,1  | 1,9  |
| Keminflation (ohne Energie und Lebensmittel) | 1,5  | 2,6  | 1,8  | 1,9  |
| BIP Deflator                                 | 2,0  | 3,1  | 2,1  | 2,0  |

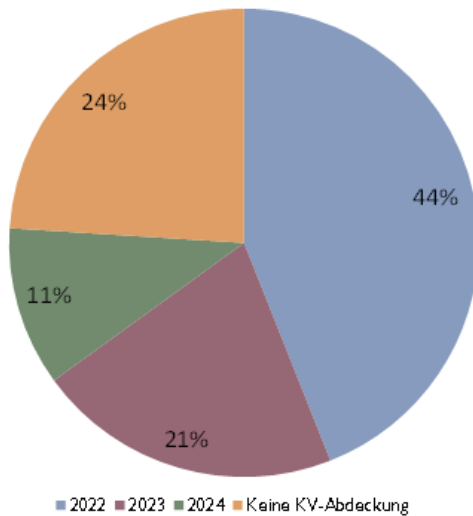
Quelle: EZB.

Eine direkte Auswirkung von Inflation auf Löhne ist dann gegeben, wenn es Lohnindexierung gibt. In diesem Fall werden die Löhne automatisch im Ausmaß der

(vergangenen) Inflation erhöht. Eine solche automatische Lohnindexierung ist jedoch nur etwa für 3 % der gesamten Lohnsumme im Euroraum relevant. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch gesetzliche Mindestlöhne, die es in vielen Euroraum-Ländern gibt und die de facto meist an die Verbraucherpreisinflation indexiert sind. So machen in Deutschland die Verdienste von Mindestlohnbezieherinnen und -beziehern etwa 33 % der Lohnsumme aus und in Frankreich 21 %; im gesamten Euroraum dürfte der Anteil der Mindestlöhne nach Schätzungen der EZB etwa 18 % ausmachen. Auch von dieser Seite sind für 2022 stärkere Lohnsteigerungen zu erwarten, wobei dies erst ein Resultat der Inflationssteigerungen des Jahres 2021 darstellt. Die Mindestlöhne sind Anfang 2022 in den meisten Euroraum-Ländern in stärkerem Ausmaß angestiegen als im Vorjahr, z. B. in Deutschland um 3,3 % und in Frankreich um 3,1 %.

Grafik 3

**Neuverhandlungen bestehender Kollektivverträge nach Jahren**  
in % der Lohnsumme



Quelle: Eurostat, ICTWSS/OECD und eigene Berechnungen.

Wichtiger noch als Lohnindexierung und Mindestlöhne sind Kollektivvertragsverhandlungen. Auch hier ist mit einer verzögerten Wirkung der gestiegenen Inflation auf die Löhne zu rechnen (rückwärtsschauende Inflationserwartungen), da für Kollektivvertragsabschlüsse meist die Inflation des Vorjahres relevant ist. In Folge bedeutet dies, dass sich die zu erwartende hohe Inflation des heurigen Jahres erst langsam in steigenden Löhnen

manifestieren wird. Bei kollektiven Lohnverhandlungen gibt es zwar keine automatische Anpassung an die Inflation, aber es ist normalerweise das Bestreben der Arbeitnehmerseite, die Kaufkraft der Löhne zumindest zu erhalten, und hierbei bildet die vergangene Inflation oft eine de-facto Untergrenze für die angestrebte Lohnsteigerung. Ein weiterer Grund, warum steigende Inflation erst zeitverzögert die Löhne beeinflusst ist, dass die kollektivvertraglichen Löhne gestaffelt sind (Lohnverhandlungen finden je nach Sektor das ganze Jahr über in unterschiedlichen Monaten statt). Außerdem ist noch die Dauer von Kollektivverträgen zu beachten: Kollektivvertragliche Löhne werden viel seltener als Güterpreise angepasst, wobei der häufigste Fall die jährliche Anpassung ist (dies gilt für etwa 44 % der gesamten Lohnsumme im Euroraum, siehe Grafik 3). Verträge im Ausmaß von 32 % der Lohnsumme werden im Rahmen von überjährigen Kollektivverträgen abgeschlossen und daher erst 2023 oder 2024 geändert. (Weitere 24 % sind gar nicht von Kollektivvertragsverhandlungen erfasst, weil es sich in der Regel um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in marginalisierten Berufsfeldern handelt, für die häufig Mindestlöhne relevant sind.)

Selbst wenn sich die gestiegene Inflation in vollem Maße in höheren Lohnforderungen niederschlägt, würde dieser Prozess also Zeit brauchen, was dazu führen kann, dass die Inflationpersistenz steigt und die Inflation auch noch in den kommenden Jahren hoch bleiben wird. Allerdings wird der durch den Ukraine-Krieg verursachte dämpfende Ausblick auf die Arbeitsnachfrage die Fähigkeit, diese Forderungen auch durchzusetzen, voraussichtlich schwächen.